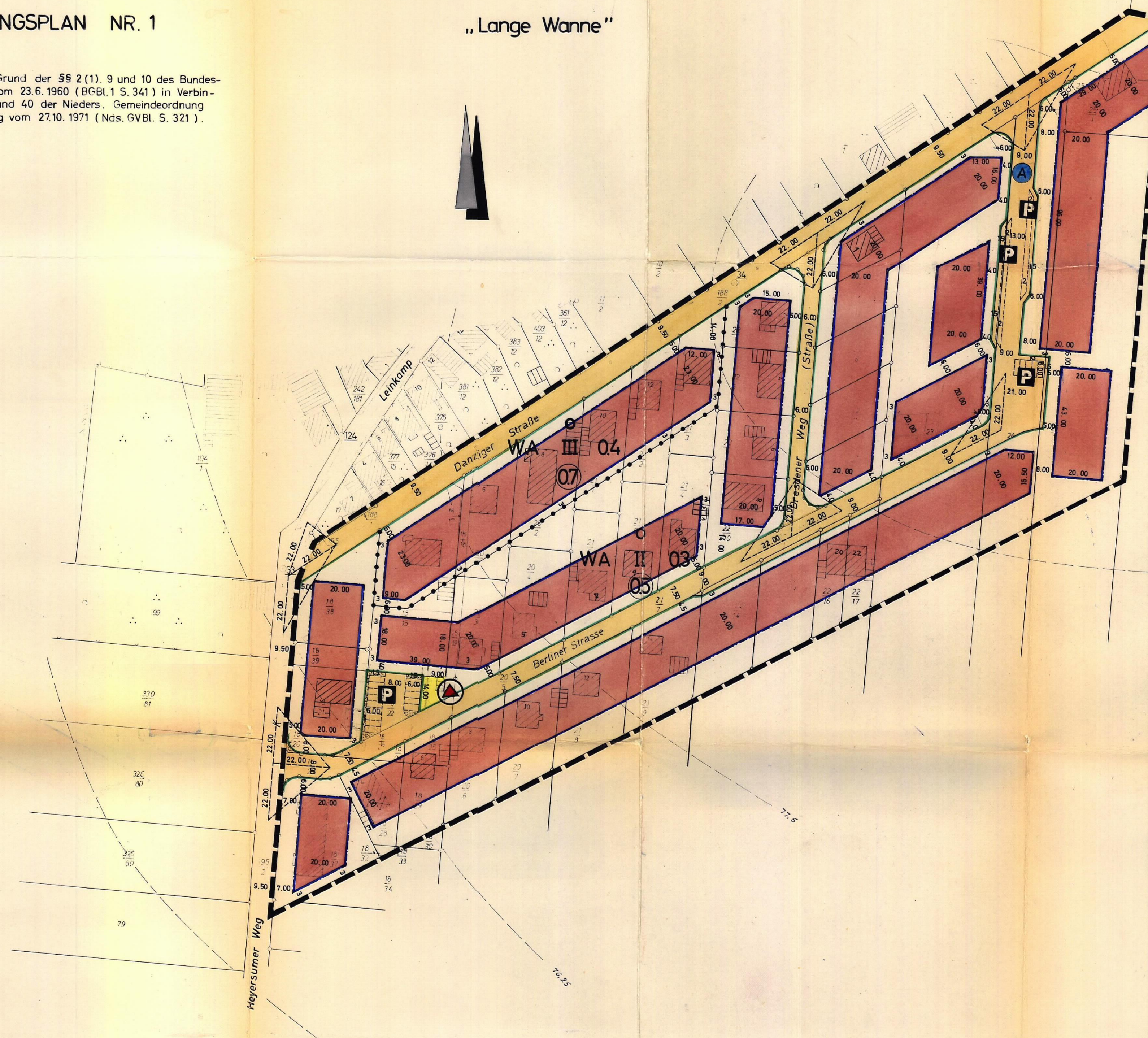


BEBAUUNGSPLAN NR. 1

„Lange Wanne“

Satzung auf Grund der §§ 2 (1), 9 und 10 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) in Verbindung mit § 6 und 40 der Nieders. Gemeindeordnung in der Fassung vom 27.10.1971 (Nds. GVBl. S. 321).



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Innerhalb der Sichtdreiecke ist jede Sichtversperrung in mehr als 0,80 m Höhe über den Fahrbahnoberflächen der Strassenverkehrsflächen unzulässig.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind die unter § 4 Abs. 3 Nr. 1 bis 5 BauNVO genannten Ausnahmen unzulässig.

Der zur Zeit gültige Bebauungsplan Nr. 1 „Lange Wanne“ wird hiermit aufgehoben.

PLANZEICHENERKLÄRUNG

- Grenze des Geltungsbereiches
- Straßenbegrenzungslinie
- Baugrenze
- überbaubare Grundstücksfläche
- nicht überbaubare Grundstücksfläche
- Straßenverkehrsfläche
- Sichtdreieck
- o offene Bauweise
- WA allgemeines Wohngebiet
- III Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)
- 04 Grundflächenzahl
- 07 Geschäftszahl
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- o offene Bauweise
- WA allgemeines Wohngebiet
- II Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)
- 03 Grundflächenzahl
- 05 Geschäftszahl
- P öffentliche Parkfläche
- Versorgungsfläche Umformerstation

NACHRICHTLICH

Im Falle einer Zuwiderhandlung gegen diese Satzung kann ein Zwangsgeld bis zu 500,-DM festgesetzt und die Ersatzvornahme auf Kosten säumiger Pflichtiger durchgesetzt werden. Die §§ 35 bis 37 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 21.3.1951 (SOG) gelten entsprechend.

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 3. Aug. 1972). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Springe, den 4. Aug. 1972
Verm. Oberrat

PLAN - UNTERLAGE VERVIELFÄLTIGT
MIT GENEHMIGUNG DES HERAUSGEBERS

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von
Rinteln, den 23. August 1971
3. März 1972

ARCHITEKT BDA HANS BUNDTZEN
ORTSPLANER
RINTELN/WESER

Der Rat der Gemeinde Rössing hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 1971 dem Entwurf des Bebauungsplanes zugestimmt und seine öffentliche Auslegung beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden gemäß § 2 Abs. 6 des Bundesbaugesetzes (BBauG) v. 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) am 17. Februar 1972 ortsüblich durch Aushang bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit Begründung vom 13. März 1972 bis 13. April 1972 öffentlich ausgelegt.

Rössing, den 14. April 1972
Gemeinde Rössing
Landkreis Springe
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde Rössing hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 15. Mai 1972 nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen.

Rössing, den 16. Mai 1972
Gemeinde Rössing
Landkreis Springe
Bürgermeister
Gemeindedirektor

Der vom Rat der Gemeinde Rössing in der Sitzung vom 15. Mai 1972 beschlossene Bebauungsplan wird hiermit gemäß § 11 BBauG nach Mitgabe der Verfügung 214-1078/72 vom heutigen Tage genehmigt.

Hannover, den 9. November 1972
Der Regierungspräsident in Hannover
Im Auftrage:
H. Heineke

Die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung des Bebauungsplanes sind am durch das Amtsblatt der Regierung bekanntgemacht worden.

Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung gemäß § 12 BBauG vom 6. Dez. 1972 öffentlich ausgelegt. Nach Ablauf dieser in der Hauptsatzung der Gemeinde Rössing vorgesehenen Auslegungsfrist wurde der Bebauungsplan am 6. Dezember 1972 öffentlich ausgesetzt.
Rössing, den 16. Dez. 1972
Gemeinde Rössing
Landkreis Springe
Gemeindedirektor